Zeitschrift: Protar

Herausgeber: Schweizerische Luftschutz-Offiziersgesellschaft; Schweizerische Gesellschaft der Offiziere des Territorialdienstes

Band: 1 (1934-1935)

Heft: 1

Vorwort: Einführung = Introduction

Autor: Waldkirch, E. von

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

PROTAR

Schweizerische Monatsschrift für den Luftschutz der Zivilbevölkerung + Revue mensuelle suisse pour la protection aérienne de la population civile + Rivista mensile svizzera per la protezione aerea della popolazione civile

Redaktion: Dr. K. REBER, BERN, Neufeldstr. 128 - Druck, Administration und Inseraten-Regie: Buchdruckerei VOGT-SCHILD, SOLOTHURN
Jahres-Abonnementspreis: Schweiz Fr. 8.—, Ausland Fr. 12.—, Einzelnummer 75 Cts. - Postcheckkonto Va 4 - Telephon 155, 156, 13.49

Inhalt — Sommaire

	Seite
Einführung, Prof. Ed. von Waldkirch	1
Introduction, Prof. Ed. von Waldkirch	3
Erläuterungen zum Bundesbeschluss, Dir. M. Koenig	6
Commentaire sur l'arrêté fédéral, Dir. M. Koenig	8
Schweizerischer Luftschutzverband	11
Die Luftschutzausstellung in Zürich, Dr. O. Bonomo	12
Eidgen. Instruktionskurse für den passiven Luftschutz der Zivilbevölkerung, Oberst J. Thomann	14
Guerra chimica e protezione della popolazione, Comandante Ferrario	17
Literatur	18
Ausland-Rundschau	18

Einführung.

Die *Rechtfertigung einer schweizerischen Zeitschrift für den Luftschutz der Zivilbevölkerung* beruht letzten Endes auf Erwägungen allgemeiner Art. Nicht Wünsche enger Fachkreise sind es, auf die es ankommt. Die *Sorge für die Zukunft des Schweizervolkes* ist es vielmehr, die zu der Forderung führt, im Hinblick auf die *Möglichkeit neuer Kriege* aufklärend zu wirken. Dass daran gedacht werden muss, ist eine höchst betrübliche Tatsache, aber eben nichtsdestoweniger eine *Tatsache*, die nicht durch blosse Verneinung aus der Welt geschafft werden kann.

Das heisse Verlangen nach einem dauernden Frieden, das die Völker beim Ende des Weltkrieges erfüllte, war nicht bloss durch die Millionenverluste an Soldaten und die ungeheuern Zerstörungen an Gütern wachgerufen worden. Besonders tiefen Eindruck hatte es gemacht, dass die *Zivilbevölkerung* unter den Kampfhandlungen überaus schwere Leiden ertragen musste. Die Entwicklung der Technik, vor allem im Flugwesen, zeigte, wie sehr auch das Hinterland — sogar weit von der Front entfernte Teile — den unmittelbaren Einwirkungen des Krieges unterworfen wurde.

Die Friedenswünsche gingen in den Verträgen von 1919 nur in bescheidenem Masse in Erfüllung. Wohl wurde ein Völkerbund gegründet, aber seine Satzung enthält eine klaffende Lücke, die bei weitem nicht alle Kriege ausschliesst. Statt der erhofften allgemeinen Abrüstung liess sich nur die Beschränkung der militärischen Mittel der besiegten Mächte erzielen. Ein ernsthafter Versuch, die verheerenden Wirkungen der technischen Entwicklung überhaupt zu bekämpfen, wurde nicht unternommen.

Einige Jahre später ging man allerdings daran, ein bestimmtes Sachgebiet herauszugreifen, das zu besonders schweren Bedenken Anlass gab. Das Ergebnis jener Bestrebungen ist das sogenannte *Genfer Protokoll* vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen im Kriege enthalten. Leider ist jedoch das *Verbot kein absolutes*, sondern es gilt für jeden Staat, der das Protokoll annimmt, nur gegenüber solchen andern Staaten, die es gleichfalls anerkannt haben. Ueberhaupt nicht untersagt sind die Herstellung, Einfuhr und Aufbewahrung der Stoffe, ebensowenig ihre Verwendung zu andern als kriegerischen Zwecken. Bei Verletzungen des Verbotes — es könnten nach den bisherigen Erfahrungen auch bloss vermeintliche sein — erhält der betroffene Staat gegenüber dem Verletzer völlig freie Hand, darf sich also der verbotenen Stoffe ebenfalls bedienen.

Eine Institution, deren Tätigkeit für den Frieden ausser jedem Zweifel steht, das *Internationale Rote Kreuz*, sah sich veranlasst, auf die grossen Mängel des Genfer Protokolls nachdrücklich hinzuweisen. In einer Reihe von Konferenzen befasste sie sich mit der Lage der Zivilbevölkerung in künftigen Kriegen. Durch die Erklärung, die an der Brüsseler Tagung vom Oktober 1930 abgegeben wurde, bezeichnete das Internationale Rote Kreuz es als *gebieterische Pflicht* seiner nationalen Organisation, «*alle zweckdienlichen Massnahmen für den passiven Schutz der Zivilbevölkerung gegen die Gefahren des Krieges zu treffen, handle es sich um den chemischen Krieg allein, oder um den mit andern Angriffsmitteln verbundenen chemischen Krieg.*»

Die dringenden Mahnrufe des Roten Kreuzes waren es, die den *Bundesrat* bestimmten, die mit dem chemischen Krieg zusammenhängenden Fragen prüfen zu lassen. An einer grossen *Konferenz* von Vertretern eidgenössischer, kantonaler

und kommunaler Behörden, sowie privater Organisationen, die am 9. November 1931 in Bern stattfand, wurde mit starkem Mehr eine Resolution beschlossen, durch die die *Fortsetzung der Arbeiten zum Schutze der Zivilbevölkerung* und namentlich auch organisatorische Massnahmen gefordert wurden.

Weitere Massnahmen wurden indessen von den Behörden verschoben, sollte doch bereits am 2. Februar 1932 in Genf die *Weltabrüstungskonferenz* zusammentreten, von der man sich die Erfüllung so mancher Friedenswünsche versprach, die 1919 nicht hatten verwirklicht werden können. Das Schicksal jener Konferenz ist bekannt. Nach verheissungsvollem Beginn wurden ihre Arbeiten durch Ereignisse in verschiedenen Ländern gestört, und leider muss es als feststehend bezeichnet werden, dass sie überhaupt *kein positives Ergebnis* haben wird. Noch schlimmer ist die Tatsache, dass die Staaten ihre *Rüstungen* in einem Masse *vermehren*, das sich höchstens mit einer ähnlichen Tätigkeit kurz vor dem Weltkriege vergleichen lässt.

Damit ist die *Gefahr kriegerischer Ereignisse gestiegen*. Wenn mit solchen gerechnet werden muss, so ist es klar, dass auch die technische Entwicklung seit 1914 und seit 1919 stark ins Gewicht fällt. Das gilt vor allem für die *Ausgestaltung des Flugwesens* und zwar sowohl hinsichtlich der technischen Eigenschaften wie Geschwindigkeit und Tragfähigkeit, als der Zahl der Flugzeuge. Alle wesentlichen Faktoren sind um ein vielfaches erhöht worden.

Diesen Tatsachen darf sich die Schweiz im Hinblick auf die der Zivilbevölkerung drohenden Gefahren nicht länger verschliessen. Die Behörden sind seit dem Frühjahr 1933 an die Arbeit gegangen, möglichst ohne Aufsehen zu erregen, aber in unablässigem Streben nach den gegebenen Zielen. Als erstes, jedermann sichtbares Ergebnis liegt jetzt der *Bundesbeschluss betreffend den passiven Luftschutz der Zivilbevölkerung* vor, der, am 29. September 1934 erlassen, sofort in Kraft trat.

Endlich besteht damit nun eine Grundlage, die gestattet, nachzuholen und zu tun, was andere Staaten längst unternommen haben. Man mag es bedauern, dass sogar in der friedfertigen Schweiz die Bevölkerung darüber unterrichtet werden muss, in welcher Weise sie selbst in künftigen Kriegen getroffen werden könnte. Die internationalen Verhältnisse sind aber so geworden, dass auch der feste Wille, sich von jedem Kriege fernzuhalten, keine genügende Gewähr dafür bietet, nicht doch in Konflikte verwickelt zu werden.

Besonders der *Stand des Flugwesens* hat die Lage gegenüber 1914 auch für die Neutralen stark verändert. Er ermöglicht nicht bloss Ueberraschungen, die mit grösster Plötzlichkeit eintreten können, sondern er bildet auch eine *unmittelbare Gefährdung des neutralen Gebietes*. Man braucht beispielsweise nur daran zu denken, in welcher Höhe Flugzeuge sich bewegen können, wie leicht es daher möglich sein wird, die Behauptung aufzustellen, es sei neutrales Gebiet überflogen und somit eine Neutralitätsverletzung begangen worden, für die der neutrale Staat Rechenschaft schulde. So ist es leider nicht ausgeschlossen, dass der neutrale Staat in kürzester Zeit in den Krieg hineingezogen wird, sei es, dass eine Partei hierfür bloss einen Vorwand sucht, sei es, dass sie in ernster Besorgnis für ihre eigene Sicherheit handelt.

Gerade wer die Neutralität der Schweiz stärken will, muss unter den gegenwärtigen Zeitumständen dafür sorgen, dass die Bevölkerung auf der Höhe der Aufgaben steht, die ihr im Kriegsfalle auferlegt wären. Die militärische Rüstung allein genügt nicht. Wäre sie auch noch so gut ausgebaut, so bestände keine ausreichende Widerstandskraft, wenn die Bevölkerung im Hinterland ohne Vorbereitung bliebe und infolgedessen bald einmal zusammenbrechen würde. Darüber werden sich diejenigen im klaren sein, die die Frage prüfen, ob es nicht in ihrem Interesse wäre, die schweizerische Neutralität zu verletzen. Je besser nicht nur die Armee, sondern *auch die Bevölkerung der Schweiz auf alle Möglichkeiten gefasst* ist, umso weniger wird es einen andern Staat gelüsten, Uebergriffe zu begehen. Auch diese Ueberlegung zeigt, wie notwendig es ist, für die Aufklärung der Bevölkerung zu sorgen.

Geht man von den grossen Zusammenhängen aus, die im Vorstehenden skizziert wurden, so leuchtet es ein, dass die *Aufklärung nach allen Richtungen hin ernsthaft* sein muss. Sie kann deshalb *nicht dem Belieben Privater überlassen* bleiben, die sich nicht immer nur von sachlichen Gesichtspunkten leiten liessen. Wer sich mit Fragen des Luftschutzes lediglich aus einer bestimmten politischen Tendenz heraus befasst, oder wer geschäftliche Ziele im Auge hat, eignet sich beispielsweise schlecht, um die Bevölkerung ohne Voreingenommenheit darüber zu unterrichten, welche Aufgaben ihr ein künftiger Krieg bringen könnte. Aber auch unter denen, die guten Willens sind, dürften sich nicht wenige befinden, denen die Aufklärung deshalb nicht anvertraut werden kann, weil ihnen die genügende Sachkenntnis fehlt.

Der Bund hat dies klar erkannt und deshalb in dem erwähnten *Bundesbeschluss* festgelegt, dass seine Vorschriften sich auch auf die Aufklärung der Bevölkerung erstrecken. Die Meinung ist indessen nicht etwa die, dass der Bund allein die ganze Aufgabe übernehmen könnte. Nach den «Grundlagen», die von der Eidgenössischen Gasschutz-Kommission als amtliches Tätigkeitsprogramm ausgearbeitet wurden, ist die *Aufklärung* zwar *grundsätzlich Sache der Behörden*.

Private Organisationen, die die Behörden in ihrer aufklärenden Tätigkeit unterstützen, *sollen aber nach Möglichkeit gefördert werden.*

So hat der Bund der *Luftschutz-Ausstellung*, die von Zürich aus angeregt und daselbst mit Erfolg veranstaltet wurde, seine tatkräftige Mithilfe gewährt. So hat er die *Gründung des Schweizerischen Luftschutz-Verbandes* moralisch unterstützt und begrüsst. In beidem liegen wirksame Mittel für sachliche Aufklärung der Zivilbevölkerung. Sie allein könnten indessen nicht ohne weiteres genügen, sondern es ist vor allem auch erwünscht, dass eine regelmässig erscheinende Veröffentlichung geschaffen wird.

Die *Initiative* für ein solches Organ entsprang den *Kreisen des Schweizerischen Roten Kreuzes.* Nichts ist natürlicher, als dass diese humanitäre Institution sich neuerdings der Rolle erinnert, die ihr von ihrem eigenen internationalen Verbande ausdrücklich übertragen wurde. Es entstand deshalb der Plan, *im Rotkreuz-Verlag* eine Zeitschrift für den Luftschutz der Zivilbevölkerung erscheinen zu lassen.

Dieses Unternehmen wurde *von der Eidgenössischen Gasschutz-Kommission gebilligt.* Sie hiess es nicht nur deshalb willkommen, weil dadurch *Gewähr für eine regelmässige sachliche Information* geboten wird, sondern auch, weil es notwendig ist, *vom Auslande unabhängig zu* bleiben. Während es in der Schweiz bis jetzt überhaupt keine Zeitschriften für Luftschutz gibt, erscheinen solche besonders im deutschen, französischen und italienischen Sprachgebiet des Auslandes seit Jahren. Dass sie ganz bestimmten Tendenzen dienen, deren Einfluss sich unser Land nicht unterwerfen darf, liegt auf der Hand.

Schlechthin unentbehrlich wird eine eigene schweizerische Zeitschrift, nachdem die Bildung *einer besondern Organisation des passiven Luftschutzes der Zivilbevölkerung* im Gange ist. Es bedarf eines Organs, das in zuverlässiger und ruhiger Weise, gleichzeitig aber offen und mutig, die Aufklärung der grossen Kreise übernimmt, die zunächst am Luftschutz beteiligt sind. *Die Zeitschrift wendet sich an alle,* die sich sachlich informieren wollen, seien es Behörden und Angehörige der lokalen Luftschutz-Organisationen, seien es Aerzte und Samariter oder Feuerwehrleute, seien es Wehrmänner oder Polizeiangestellte. Sie will aber auch sonst allen dienen, die der Erkenntnis zugänglich sind, wie notwendig es ist, sich mit den Fragen des Luftschutzes vertraut zu machen.

Besonders wichtig ist die *enge Zusammenarbeit mit dem neugegründeten Schweizerischen Luftschutz-Verband.* Wenn die Zeitschrift auch nicht unmittelbar von ihm ins Leben gerufen wurde, so ist sie doch mit ihm fest verbunden. Zweifellos ist der Zusammenschluss aller derjenigen erforderlich, die aus Ueberzeugung und Interesse an der Sache sich zur Verfügung stellen. Nichts wäre bedenklicher, als die kostbaren Kräfte durch Zersplitterung zu schwächen.

Die Aufgabe, die mit der Zeitschrift unternommen wird, ist weder leicht, noch im landläufigen Sinne dankbar. Sie ist aber eine im Interesse der schweizerischen Zivilbevölkerung liegende Notwendigkeit. Mag diese Einsicht mehr und mehr Raum finden, und mag demgemäss die Verbreitung der Zeitschrift bald eine grosse sein.

Ueber die düster verschleierte Zukunft zu klagen, hilft nichts. Fruchtlos ist es auch, stets nur den eigenen Friedenswillen zu betonen, wenn drohende Kriegswolken sich am ganzen Horizonte sammeln. Möge die Vorsehung sie zerstreuen, wir aber sind nicht imstande, den Lauf des Geschehens allein zu lenken. Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass wir für künftige Prüfungen gewappnet sind, soweit dies menschlicher Kraft möglich ist.

Wer die Zeitschrift für den Luftschutz der Zivilbevölkerung fördert, handelt in diesem Geiste.

Prof. Ed. v. Waldkirch,
Präsident der Eidg. Gasschutz-Kommission.

Introduction.

La *création d'une revue suisse pour la protection aérienne des populations civiles* repose avant tout sur des considérations d'ordre général. Elle ne représente pas la réalisation d'un vœu émis par des milieux techniques limités. C'est le *souci de l'avenir du peuple suisse* qui impose en premier lieu la nécessité d'éclairer la population, en prévision de *nouvelles guerres possibles.* Bien que fort affligeant, cela n'en est pas moins un *fait* qu'il ne suffit pas de nier simplement.

L'aspiration à une paix durable, qui remplissait les peuples à la fin de la guerre mondiale, n'était pas provoquée seulement par la perte de millions de soldats et la destruction complète de biens énormes. Ce furent les souffrances terribles endurées par la *population civile* lors des combats, qui impressionnèrent profondément le monde. L'évolution de la technique, particulièrement en matière d'aviation, a prouvé combien l'arrière-pays — et même des régions très éloignées du front — est exposé aux effets directs de la guerre.

Les traités de 1919 ne réalisèrent que modestement les vœux de paix émis de toutes parts. On fonda, il est vrai, une Société des Nations; le

Pacte contient cependant de telles lacunes, qu'il est loin d'exclure toute guerre. Au lieu du désarmement général espéré, on ne put atteindre qu'à une limitation des forces militaires des vaincus. Jamais toutefois on ne tenta de combattre sérieusement et à leur base les effets destructeurs dus aux progrès de la technique.

On chercha, il est vrai, quelques années plus tard, à remédier à un état de choses fort inquiétant. Le résultat de ces efforts figure dans le *protocole de Genève* du 17 juin 1926, sur la prohibition d'emploi, à la guerre, de gaz asphyxiants, toxiques ou similaires. Cette *interdiction n'est malheureusement pas absolue,* et ne lie, les uns envers les autres, que les Etats ayant adhéré au protocole. En outre, elle ne s'étend ni à la fabrication, l'importation et la conservation des produits, ni à leur usage dans les buts autres que des buts militaires. En cas de violations de l'interdiction — violations que, d'après les expériences faites, il suffit parfois d'alléguer — l'Etat lésé reprend toute sa liberté d'action et peut en conséquence recourir également à l'usage des substances défendues.

La *Croix-Rouge internationale,* institution dont l'activité pacifique est hors de doute, s'est senti le devoir d'attirer énergiquement l'attention sur les grosses lacunes du protocole de Genève. Au cours d'une série de conférences, elle s'occupa de la situation des populations civiles en cas de guerres futures. Dans la déclaration qu'elle émit en octobre 1930 lors de la conférence de Bruxelles, la Croix-Rouge internationale qualifia de *devoir impérieux,* incombant à ses organisations nationales, «*de prendre toutes mesures utiles pour la défense passive de la population civile contre les dangers de la guerre, qu'il s'agisse de la guerre chimique seule ou de la guerre chimique combinée avec d'autres moyens d'attaque*».

Les appels pressants de la Croix-Rouge déterminèrent le *Conseil fédéral* à faire étudier les questions touchant la guerre chimique. Lors d'une importante *conférence* qui eut lieu à Berne le 9 novembre 1931 et à laquelle participèrent des représentants des autorités fédérales, cantonales et communales, ainsi que d'organisations privées, une résolution invitant le Conseil fédéral à *poursuivre son activité pour la protection des populations civiles,* fut votée à une forte majorité. La conférence réclama notamment des mesures d'organisation.

Les autorités en retardèrent l'exécution: la *conférence du désarmement* devait en effet s'ouvrir à Genève le 2 février 1932, et l'on attendait la réalisation de bien des vœux de paix, auxquels 1919 n'avait pu satisfaire. On sait quel fut le sort de cette conférence. Après un début riche de promesses, les travaux en furent entravés par les événements survenus dans divers Etats, et l'on doit considérer malheureusement comme certain qu'elle n'atteindra à *aucun résultat positif.* Fait plus grave encore, la manière dont *les nations augmentent leurs armements* rappelle assez exactement l'activité déployée peu avant la guerre mondiale.

Le danger d'un conflit guerrier s'en est ainsi accru. Doit-on envisager de tels événements, il est clair que l'évolution suivie par la technique depuis 1914 et 1919 entre largement en considération. Les progrès réalisés s'appliquent tout d'abord à *l'aviation,* tant en ce qui concerne les qualités techniques — rapidité, capacité de charge — que le nombre d'avions. Tous les facteurs importants ont été considérablement perfectionnés.

La Suisse ne doit pas se refuser plus longtemps à reconnaître les faits, à voir les dangers qui menacent la population civile. Les autorités sont à l'œuvre depuis le printemps 1933, attirant le moins possible l'attention, mais dans un effort constant vers le but à atteindre. Le premier résultat, tangible pour chacun, en est l'*arrêté fédéral sur la défense passive de la population civile,* du 29 septembre 1934 et entré de suite en vigueur.

Cet arrêté nous fournit enfin une *base* permettant de regagner le temps perdu et de faire ce que tous les Etats ont déjà entrepris depuis temps. Il est certes à déplorer que dans notre Suisse pacifique, la population doive être éclairée sur les attaques dont elle pourrait faire l'objet au cours de guerres futures. La situation internationale est cependant telle, que la volonté ferme de se tenir à l'écart ne constitue pas une garantie propre à assurer de façon certaine que notre pays ne sera pas entraîné dans un conflit.

Depuis 1914, les *progrès de l'aviation* ont tout particulièrement modifié la situation, *même pour les neutres.* L'aviation moderne permet non seulement des attaques d'une soudaineté extrême, mais constitue encore *un danger immédiat pour les territoires neutres.* Il suffit de songer à quelle altitude les avions peuvent aujourd'hui se mouvoir, pour concevoir combien il est facile de prétendre qu'un territoire neutre a été survolé, la neutralité en conséquence violée, et d'exiger alors de l'Etat en cause qu'il rende des comptes. Il n'est ainsi pas exclu qu'un Etat neutre soit entraîné dans la guerre à bref délai, soit qu'un parti ne cherche à cette fin qu'un prétexte, soit qu'il agisse sous l'empire d'une grave inquiétude quant à sa propre sécurité.

Que ceux, justement, qui veulent affermir la neutralité de la Suisse, veillent dans les circonstances présentes à ce que la population soit à la hauteur des tâches qu'une guerre lui imposerait. Les armements militaires à eux seuls ne suffisent pas. Une armée, même parfaitement organisée, n'aurait pas la force de résistance voulue si la population de l'arrière-pays n'était pas préparée elle aussi, et ne tarderait pas à fléchir. La chose est claire, sans aucun doute, pour ceux qui s'occupent d'examiner si leur intérêt ne consisterait pas à violer la neutralité de la Suisse. Plus *le peuple suisse* — et non

seulement l'armée — *sera prêt à toutes éventualités,* moins un autre Etat éprouvera le désir d'empiéter sur ses droits. Cette seule réflexion prouve la nécessité d'éclairer la population.

Partant des grandes lignes esquissées, l'on comprendra sans autre que la *population entière doive être instruite sérieusement.* Cette instruction *ne peut donc pas être confiée seulement à des particuliers,* qui ne se laissent pas toujours guider par des mobiles purement objectifs. Celui qui, par exemple, se consacre aux questions de protection aérienne pour obéir à une tendance politique déterminée, ou poursuit simplement des buts lucratifs, ne sera guère qualifié pour initier sans préjugés la population aux tâches qu'une guerre future pourrait lui imposer. Cependant, parmi ceux-mêmes qui sont d'entière bonne foi, il en est certainement beaucoup qui, ensuite du manque de connaissances techniques, ne pourraient être chargés d'instruire le peuple.

La Confédération s'est nettement rendu compte de la chose, et c'est pour cette raison que l'*arrêté fédéral* mentionné plus haut étend également ses prescriptions à l'instruction de la population. On n'entend pas exprimer par là que la Confédération doit assumer à elle seule toute la tâche. Selon les «bases générales», établies par la Commission fédérale pour la protection contre les gaz à titre de programme de travail officiel, *l'instruction* des populations *incombe en principe aux autorités.* Celles-ci devront cependant s'adjoindre, *dans la mesure du possible, des organisations privées* aptes à les seconder dans leur activité.

C'est ainsi que la Confédération collabora activement à *l'exposition de protection aérienne* suggérée par Zurich et tenue là-même avec succès, qu'elle soutint moralement et approuva la fondation de l'*Association suisse pour la protection aérienne.* Ce sont là des moyens efficaces, propres à éclairer objectivement la population civile. Ils ne sauraient néanmoins suffire sans autre, et la création d'un *organe de publication régulier* s'impose également.

L'*initiative* d'un tel organe fut lancée par la Croix-Rouge suisse. Rien de plus naturel, que cette institution humanitaire se ressouvienne du rôle que son organisation internationale lui transmit expressément. On projeta alors de charger les *Editions de la Croix-Rouge* de la publication d'une revue sur la protection aérienne des populations civiles.

Ce projet a été approuvé par la *Commission fédérale pour la protection contre les gaz.* L'accueil favorable qui lui fut réservé n'est pas dû seulement à la *garantie* qu'il constitue *pour la publication régulière d'informations objectives,* mais encore à la nécessité de *demeurer indépendant de l'étranger.* Tandis qu'aucune revue de protection aérienne n'a existé jusqu'ici en Suisse, les pays étrangers de langues allemande, française et italienne, en publient depuis des années déjà. Il est évident qu'ils poursuivent par là des tendances déterminées, à l'influence desquelles notre pays doit se soustraire.

La *formation d'une organisation spéciale pour la protection aérienne passive des populations civiles* étant aujourd'hui en cours, la création d'un organe suisse de publication devient, elle aussi, indispensable. Nous avons absolument besoin d'un organe qui, d'une manière sûre et calme, mais ouvertement et courageusement, entreprenne d'instruire avant tout les nombreux cercles participant à la protection aérienne. *La revue s'adresse à tous ceux* qui désirent s'orienter objectivement: autorités et membres d'organisations locales de protection aérienne, médecins et samaritains ou sapeurs-pompiers, militaires ou agents de police. La revue sera cependant aussi au service de tous ceux qui sont aptes à saisir la nécessité de s'initier aux questions de protection aérienne.

La *collaboration avec l'Association suisse de protection aérienne,* récemment fondée, est un point particulièrement important. Bien que la revue n'ait pas été créée directement par cette association, elle y est toutefois étroitement liée; il est en effet nécessaire que tous ceux qui, par conviction et réel intérêt servent la cause, unissent leurs efforts. Rien ne serait plus dangereux que d'affaiblir, en les subdivisant, des énergies précieuses.

La tâche que s'impose la revue n'est ni facile, ni productive, dans le sens généralement donné à ce terme. Mais elle est une nécessité, dans l'intérêt de la population civile suisse. Espérons que ce point de vue s'implantera de plus en plus, et qu'avec lui notre revue prendra rapidement une grande extension.

Inutile de se lamenter en regardant vers l'avenir sombre. Inutile d'affirmer sans cesse sa volonté de paix, alors que des nuages de guerre s'amassent à l'horizon. Que la providence les disperse: nous ne pouvons pas diriger à nous seuls le cours des événements. Notre tâche est de nous prémunir dans la mesure des forces humaines, en vue d'épreuves futures.

Quiconque soutient la revue pour la protection aérienne des populations civiles, agit dans cet esprit.

Prof. Ed. von Waldkirch,
Président de la Commission fédérale pour la protection contre les gaz.